



Geleitwort zur Veröffentlichung „Wirtschaft verstehen, Zukunft gestalten“ – eine Kooperation mit dem Verein für Socialpolitik (VfS)



© BMWK_Susanne Eriksson

Unsere Zeit ist geprägt von tiefgreifendem Wandel der Weltordnung mit ungelösten strukturellen Krisen, wie der Klimakrise, Artenverlust und globaler Verschmutzung, technologischen Umbrüchen und der Verschärfung sozialer Fragen. All diese Entwicklungen lassen sich auch als ökonomische Probleme und Fragen verstehen. Ohne fundiertes ökonomisches Denken kann den Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht begegnet werden.

Ein grundlegendes Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen ist dabei nicht zuletzt wesentlich für eine qualitativ hochwertige öffentliche Diskussion zu wirtschaftspolitischen Fragen. Die Stärkung der ökonomischen Bildung ist dem BMWK auch vor diesem Hintergrund ein wichtiges Anliegen.

Die Wirtschaftswissenschaft hat in diesem Zusammenhang eine verantwortungsvolle Rolle. Sie hat nicht nur die Aufgabe, konkretes Wissen im Rahmen der Politikberatung beizusteuern und die Plausibilität von Argumenten zu hinterfragen; sie liefert auch einen Beitrag zur allgemeinen Aufklärung im jeweiligen Sachbereich.

Der Verein für Socialpolitik leistet als älteste und größte Vereinigung von deutschsprachigen Ökonominnen und Ökonomen seit Jahrzehnten eine wertvolle Arbeit, sowohl bei der Entwicklung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, als auch mit Blick auf den Wissenstransfer. Anlässlich des 150-jährigen Jubiläums des Vereins für Socialpolitik sind in Kooperation mit dem BMWK die hier präsentierten Kurztexte und -videos entstanden. Die Autorinnen und Autoren – allesamt profilierte und hochkarätige Mitglieder des Vereins – werfen Schlaglichter auf grundlegende und wichtige ökonomische Fragen unserer Zeit.

Die Texte erlauben einen Einstieg in die jeweilige Thematik und beantworten dabei erste wichtige Fragen. Gleichzeitig werfen sie weitere, tiefergehende Fragen auf und motivieren zum Weiterdenken. Und natürlich darf man sich an den Beiträgen und ihren wirtschaftspolitischen Implikationen auch reiben. Denn für konkrete Wirtschaftspolitik kann es selbstverständlich keine alternativlosen wissenschaftlichen Empfehlungen geben. Vielmehr liegen meist implizite oder explizite Werturteile zugrunde. Zudem ist besonders die Wirtschaftswissenschaft als Sozialwissenschaft selbst einem Wandel ihrer Theorien unterworfen.

Und doch sind die Beiträge der Wissenschaft essentiell für ein hohes Niveau der wirtschafts-politischen Debatte. Dies gilt etwa hinsichtlich der viel diskutierten Frage, ob die Bepreisung von CO₂ tatsächlich als zentrales oder gar einziges Klimaschutzinstrument betrachtet werden sollte oder wie es um die Entwicklung der Ungleichheit im Land bestellt ist. Hier kommt man bei näherer Betrachtung mitunter zu sehr unterschiedlichen Urteilen.

So führt ein CO₂-Preis zweifelsohne zu einer kosteneffizienten Reduktion von Treibhausgasen, wie Prof. Klaus Schmidt in seinem Beitrag zeigt. Dennoch sorgt der CO₂-Preis dafür, dass der ganze Anpassungsdruck vor allem bei ärmeren Menschen anfällt, selbst wenn sie finanziell kompensiert werden. Sie schränken letztendlich ihr Verhalten ein, während reichere Menschen die CO₂-Preise einfach zahlen können. Die Atmosphäre gehört aber allen Menschen gemeinsam, was Ordnungsrecht und technische Standards im Klimaschutz besser abbilden können. Insofern stellt sich auch hier die politische Frage der Verteilungsgerechtigkeit, gerade weil jede Klimapolitik auf breite politische Unterstützung angewiesen ist. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass ineffizientes Ordnungsrecht auch mit erheblichen ökonomischen und sozialen Kosten einher gehen kann.

Auch bei der Rentenpolitik stellen sich ähnlich grundlegende Fragen. Prof. Martin Werding legt nachvollziehbar den Finger in die Wunde ungelöster Fragen der Finanzierung der Alterssicherung aufgrund des demographischen Wandels. Eine ergänzende, kostengünstige, ertragreiche und breit genutzte Altersvorsorge über die Kapitalmärkte ist schon seit den Riester-Reformen wichtig, jedoch kein Allheilmittel. Die Herausforderungen sind so groß, dass ergänzend auch politisch zu diskutieren ist, ob höhere Einkommen inkl. ihrer Kapitaleinkommen einen größeren Beitrag zur Rentenkasse leisten sollten. Das könnte auch eine Begrenzung der strikten Anwendung des Äquivalenzprinzips beinhalten. Aber die Stärkung eines progressiven Elements in der Rentenkasse könnte – ähnlich wie bei der Einkommenssteuer – dafür sorgen, dass starke Schultern auch mehr tragen und noch höhere Beitragssätze verhindert werden. Ebenso stellen sich im Vergleich zu anderen EU-Ländern ordnungspolitische Fragen angesichts der vielen verschiedenen Sonderkassen im Bereich der Alterssicherung mit jeweils unterschiedlichen Risiko-profilen.

Schließlich muss uns im Sinne der Sozial-ökologischen Marktwirtschaft auch die Entwicklung der materiellen Ungleichheit insgesamt beschäftigen. Im Beitrag von Prof. Christina Gathmann wird deutlich, dass wir die Lohnungleichheit durch die Einführung des Mindestlohnes durchaus reduzieren konnten. Weitert man die Perspektive darüber hinaus auf die Einkommens- und Vermögensungleichheit aus, scheint jedoch fraglich, ob Deutschland genügend unternimmt, um der hohen, sich verfestigenden Ungleichheit zu begegnen. Neuere wirtschaftswissenschaftliche Forschungen haben auch die möglichen negativen ökonomischen Folgen erhöhter Vermögens- und Einkommensungleichheit demonstriert.

Letztlich ist es Aufgabe der Politik, Fakten und Analysen multidisziplinär zu erfassen. Eine gute (Wirtschafts-)Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die diversen Erkenntnisse – soweit möglich – zusammenbringt und im Sinne der Gesellschaft ausgewogene und zukunftsgerichtete Entscheidungen trifft.

Sven Giegold
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz